

# Inhaltsübersicht

Verzeichnisse .....	VII-LXIV
1. Teil: Einleitung.....	1
I. Thema und Aufbau.....	1
II. Besonderheiten des Umweltrechts und seiner Durchsetzung .....	8
III. Beschwerdeinstrument für NGOs auf nationaler Ebene.....	25
IV. Der Begriff «Nichtregierungsorganisation» («NGO»).....	31
V. Kriterien für die Wahl der behandelten Beispiele.....	36
VI. Formales beim Zitieren internationaler Abkommen und weiterer Dokumente.....	41
2. Teil: Multilaterale Umweltabkommen.....	43
I. Gegenstand.....	43
II. Routinemässige kollektive Erfüllungskontrolle.....	47
III. Einzelfallbezogene kollektive Erfüllungskontrollverfahren.....	50
IV. Beobachterstatus von NGOs.....	71
V. Legitimationskriterien .....	87
3. Teil: Aarhus-Übereinkommen.....	89
I. Gegenstand.....	89
II. Zugang zu Gerichten in Umweltanliegen.....	91
III. Erfüllungskontrollverfahren des Aarhus-Übereinkommens.....	103
IV. Legitimationskriterien.....	118
4. Teil: Inspection Panel der Weltbank.....	121
I. Gegenstand.....	121
II. Regelung des Inspection Panels.....	126
III. Prüfungsmaassstab: Interne Vorschriften der Weltbank.....	139
IV. Praxis des Inspection Panels: Bisherige Beschwerdeverfahren.....	143
V. Dem Inspection Panel vergleichbare Institutionen.....	155
VI. Beurteilung und Legitimationskriterien.....	163
5. Teil: Amici curiae in wirtschaftsrechtlichen Verfahren.....	171
I. Gegenstand.....	171
II. WTO: Grundsätzliches und sonstige Zusammenarbeit mit NGOs .....	173
III. Verfahren zur Durchsetzung des WTO-Rechts .....	180
IV. Streitschlichtungsverfahren nach UNCITRAL-Regeln.....	197
V. Streitschlichtungsverfahren vor ICSID-Schiedsgerichten .....	202
VI. Beurteilung und Legitimationskriterien.....	207

6. Teil: Legitimation als Rechtfertigung von Verfahrenszugang.....	215
I. Grundsätzliches.....	215
II. Legitimation in allgemeinerem Sinn.....	226
III. Legitimation durch Zulassungsverfahren.....	257
7. Teil: Synthese.....	265
I. Ergebnisse bezüglich Hauptthese.....	265
II. Rahmenbedingungen und Perspektiven.....	270
Anhänge.....	275

# Inhaltsverzeichnis

Verzeichnisse .....	VII
Inhaltsübersicht .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
Literaturverzeichnis .....	XXVII

1. Teil: Einleitung.....	1
I. Thema und Aufbau.....	1
A. Internationales Umweltrecht und Nichtregierungsorganisationen.....	1
B. Thesen und Argumente .....	2
1. Hauptthese .....	2
2. Ergänzende Thesen.....	3
a) Umweltrecht als besonderer Rechtsbereich .....	3
b) Durchsetzung auch gegenüber entgegenstehenden Wirtschaftsinteressen.....	3
c) Unzureichende Durchsetzung des Umweltvölkerrechts .....	3
d) Verbesserung der Durchsetzung durch den Einbezug von NGOs .....	3
e) Betroffenheitskriterium als Hindernis .....	3
f) Erfolgreiche Vorbilder auf nationaler Ebene .....	4
g) Bestehende Ansätze.....	4
h) Legitimierende Faktoren .....	4
C. Argumentationsaufbau .....	4
1. Vorbereitende Argumente .....	4
2. Hauptargumente: Bestehende Ansätze und legitimierende Faktoren .....	5
3. Auswahl und Reihenfolge der dargestellten Beispiele .....	5
4. Vorgehen bei den untersuchten Beispielen .....	6
D. Wissenschaftliche Diskussion und Eingrenzung des Themas.....	6
II. Besonderheiten des Umweltrechts und seiner Durchsetzung .....	8
A. Begriff «Internationales Umweltrecht».....	8
1. Definition .....	8
2. Internationales Umweltrecht als Teil des Völkerrechts.....	9
3. Umweltrecht als öffentliches Recht.....	9
B. Querschnittmaterie .....	10
C. Durchsetzung des internationalen Umweltrechts .....	11
1. Begriffe für «Durchsetzung» .....	11
a) Im Deutschen.....	11
b) Im Englischen.....	11
2. Vollzugsdefizit und mögliche Gründe dafür .....	13
a) Hohe Anforderungen.....	14
b) Nutzen ohne Lasten, so genannte Trittbrettfahrer-Problematik .....	14
3. Mangelnde Eignung traditioneller konfrontativer Durchsetzungsmittel .....	15
a) Staatenverantwortlichkeit und Staatshaftung .....	15
b) Einseitige Massnahmen zur Durchsetzung vertraglicher Pflichten.....	15
c) Streitbeilegung .....	16
d) Schlussfolgerungen .....	17

4.	Internationale Kontrollmechanismen in anderen Sachbereichen .....	17
5.	Erfüllungskontrolle als besser geeignetes Durchsetzungsmittel.....	18
a)	Kooperation statt Konfrontation.....	18
b)	Transparenz und Dialog als Durchsetzungsmittel.....	19
c)	Kollektive statt bilaterale Durchsetzung .....	20
D.	Problematik der Betroffenheit als Legitimationsvoraussetzung .....	21
1.	Betroffenheit als Kriterium.....	21
2.	Begründung im nationalen Recht: die Schutznormtheorie.....	22
3.	Viele oder «keine» Betroffenen und weit gespannte Kausalität.....	24
III.	Beschwerdeinstrument für NGOs auf nationaler Ebene .....	25
A.	Legitimierende Voraussetzungen.....	25
1.	Betroffenheit oder gesetzliche Ermächtigung .....	25
2.	Anforderungen an Beschwerde führende Organisationen.....	27
3.	Legitimationsgrundlage .....	28
B.	Erfolg des schweizerischen Verbandsbeschwerderechts .....	28
C.	Nationales Verbandsbeschwerderecht als Vergleichsgrundlage .....	29
1.	Frage der Vergleichbarkeit .....	29
2.	Kriterien bei der Zulassung von NGOs .....	30
3.	Anfechtungsobjekte für nationale und internationale Beschwerdeinstrumente .....	30
IV.	Der Begriff «Nichtregierungsorganisation» («NGO») .....	31
A.	Nichtstaatlichkeit.....	31
1.	Unterscheidung von zwischenstaatlichen internationalen Organisationen.....	31
2.	Unabhängigkeit.....	32
3.	Hybride NGOs.....	32
4.	Internationalität.....	32
B.	Ausrichtung auf einen einzigen Zweck .....	33
1.	Unterschied zu Staaten als Gebietskörperschaften .....	33
2.	Geringer Ein- und Austrittsaufwand bei NGOs.....	33
C.	Organisiertheit.....	34
1.	Handlungsfähigkeit durch Organe.....	34
2.	Anlage auf Dauer: Erwerb von Sachkunde und Ruf .....	34
D.	Ideeller Zweck beziehungsweise Nichtkommerzialität.....	34
1.	Unterscheidung von multinationalen Unternehmen: kein Gewinnstreben.....	34
2.	Nicht zwingend öffentliches Interesse als Zweck .....	35
a)	Zulässigkeit von Zwecken im Dienst kommerzieller Unternehmen .....	35
b)	NGOs im Dienst eines öffentlichen Interesses.....	35
3.	Legalität .....	36
V.	Kriterien für die Wahl der behandelten Beispiele .....	36
A.	Initiierung von Untersuchungen durch NGOs .....	36
1.	Durchsetzung – nicht Rechtssetzung .....	36
2.	Durchsetzung – nicht Umsetzung.....	37
3.	Umweltschutz abseits des Schutzes betroffener Menschen.....	38
4.	Übereinkommen differenzieren zwischen NGOs und anderen Privaten.....	38
a)	Aarhus-Übereinkommen behandelt.....	38
b)	Espoo-Übereinkommen nicht behandelt .....	39
B.	Internationalität .....	40
C.	Bestehen von Ansätzen mit tatsächlicher Praxis.....	40
VI.	Formales beim Zitieren internationaler Abkommen und weiterer Dokumente .....	41

2. Teil: Multilaterale Umweltabkommen .....	43
I. Gegenstand .....	43
A. Begriffe im Zusammenhang mit Erfüllungskontrollverfahren .....	43
1. Vertragsregimes .....	43
2. Institutionen der Umweltübereinkommen .....	44
a) Regimeeigene und vorbestehende Institutionen .....	44
b) Politische und Expertengremien .....	45
3. Erfüllungskontrollmechanismen der Umweltschutzregimes .....	45
a) Bilaterale und kollektive Durchsetzungsmechanismen .....	45
b) Routinemässige und einzelfallspezifische Erfüllungskontrollverfahren .....	46
B. Einbezug von NGOs mittels Beobachterstatus .....	46
II. Routinemässige kollektive Erfüllungskontrolle .....	47
A. Berichtssysteme .....	47
1. Berichtspflichten .....	47
2. Problematik und Bedeutung .....	48
3. Auswertende Organe .....	49
4. Verwendung der Staatenberichte zur Erfüllungskontrolle .....	49
B. Mitwirkungsmöglichkeiten für NGOs .....	49
III. Einzelfallbezogene kollektive Erfüllungskontrollverfahren .....	50
A. Grundsätzliches .....	50
B. Vorläufer Artenschutzabkommen .....	51
1. Erfüllungskontrollmechanismus des Artenschutzabkommens .....	51
a) Entstehung .....	51
b) Verlauf des Verfahrens .....	52
2. Einbezug von NGOs .....	54
C. Vier typische kooperative Erfüllungskontrollmechanismen .....	55
1. Dargestellte Regimes .....	55
a) Schutz der Ozonschicht .....	55
b) Luftreinhaltung .....	56
c) Schutz des Klimas .....	56
2. Einleitung des Verfahrens (Triggering) .....	57
3. Behandlung durch das zuständige Erfüllungskontrollgremium .....	58
4. Arten von Erfüllungskontrollgremien .....	59
a) Durchführungsausschüsse im Ozonschichtschutz- und im Luftreinhalteregime .....	59
b) Erfüllungskontrollausschuss im Klimaschutzregime .....	60
5. Massnahmen bei Erfüllungsmängeln .....	61
a) Entscheidendes Gremium .....	61
b) Arten von Massnahmen .....	61
6. Einbezug von NGOs .....	62
a) Beibringen von Informationen .....	62
b) Teilnahme an den Sitzungen der zuständigen Organe .....	64
D. Durch NGOs auslösbare Erfüllungskontrollmechanismen .....	64
1. Von der Ablehnung zur Anerkennung des Triggerings durch NGOs .....	64
2. Alpenkonvention .....	66
3. Wasserprotokoll .....	67
4. Wahrung des kooperativen Charakters des Erfüllungskontrollverfahrens .....	67

E.	Beurteilung der Mitwirkungsmöglichkeiten von NGOs .....	68
1.	Nutzung der Erfüllungskontrollverfahren .....	68
2.	Hauptfunktion der NGOs .....	70
3.	Festgestellte Entwicklungstendenzen .....	70
4.	Eignung der Verfahren zur Auslösung durch NGOs .....	71
IV.	Beobachterstatus von NGOs .....	71
A.	Relevanz des Beobachterstatus für das Thema .....	71
B.	Konsultativstatus beim ECOSOC .....	72
1.	Voraussetzungen .....	72
a)	Voraussetzungen aufgrund von Art. 71 UNO-Charta (1945) .....	72
b)	Voraussetzungen aufgrund von ECOSOC-Resolution 1996/31 .....	73
c)	Abstufungen des Konsultativstatus .....	74
d)	Änderungen des Konsultativstatus .....	75
e)	Neuerungen aufgrund von Resolution 1996/31 .....	76
2.	Formen der Teilnahme von NGOs – Abstufungen je nach Statusstufe .....	76
3.	Vergleich des Status von NGOs und anderer ECOSOC-Nichtmitglieder .....	77
4.	Vergleich mit den Beobachter-Regelungen multilateraler Umwelt- abkommen .....	77
C.	Beobachterstatus bei multilateralen Umweltabkommen .....	78
1.	Voraussetzungen .....	78
a)	Regimes mit ECOSOC-ähnlichen Beobachter-Regelungen .....	78
b)	Regimes mit erleichterter Beobachter-Zulassung .....	79
c)	Gründe für unterschiedliche Regelungen .....	81
2.	Formen und Abstufungen der Teilnahme .....	81
a)	Zugang von Vertretern .....	81
b)	Wortmeldungen .....	83
c)	Vorlegen von Informationen in schriftlicher Form .....	84
D.	Beurteilung der Teilnahmemöglichkeiten als Beobachter .....	85
1.	Nutzung und Wirkung bezüglich Vertragserfüllung .....	85
2.	Beobachterstatus als Ersatz für Auslöseberechtigung? .....	86
3.	Funktion und Praxistauglichkeit der Beobachterstatus-Regelungen .....	86
4.	Beobachterzulassung zur Förderung der Transparenz .....	86
5.	Beobachterstatus und Erfüllungskontrollverfahren: Gemeinsamkeiten .....	87
V.	Legitimationskriterien .....	87
3. Teil:	Aarhus-Übereinkommen .....	89
I.	Gegenstand .....	89
A.	Relevanz .....	89
B.	Allgemeines zum Aarhus-Übereinkommen .....	90
1.	Inhalt .....	90
2.	Mögliche Mitgliedsstaaten, Ratifikationsstand und Inkrafttreten .....	91
II.	Zugang zu Gerichten in Umweltanliegen .....	91
A.	Artikel 9 Absatz 2 Aarhus-Übereinkommen .....	91
1.	Wortlaut von Artikel 9 Absatz 2 und Zusammenfassung des übrigen Artikels 9 .....	91
2.	In Artikel 9 Absatz 2 erwähnte Elemente .....	93
B.	Erläuterung der in Artikel 9 Absatz 2 genannten Elemente .....	94
1.	Berechtigte .....	94
a)	«Öffentlichkeit» .....	94

b)	«Betroffene Öffentlichkeit» .....	94
c)	Ansässigkeit im betreffenden Staat .....	95
2.	Voraussetzungen für die Zulassung .....	97
a)	Ausreichendes Interesse .....	97
b)	Geltendmachen einer Rechtsverletzung .....	98
c)	Alternative für die Vertragsstaaten oder für die Zugangsberechtigten? .....	98
d)	Lückenlose Verpflichtung zur Einrichtung eines Verbandsklagerechtes .....	99
3.	Inhalt der Berechtigung .....	100
4.	Anfechtungsobjekte und Anfechtungsgründe .....	100
a)	Behördliche Entscheidungen sowie Handlungen und Unterlassungen .....	100
b)	Unter Artikel 6 sowie Artikel 9 Absatz 2 fallende Sachbereiche .....	101
c)	Anfechtungsgründe .....	102
5.	Vorinstanz .....	102
C.	Artikel 9 Absatz 2: Zusammenfassung des Inhalts und Beurteilung .....	102
III.	Erfüllungskontrollverfahren des Aarhus-Übereinkommens .....	103
A.	Regelung .....	103
1.	Berichtspflichten und routinemässige Erfüllungskontrolle .....	103
2.	Fallspezifische Erfüllungskontrolle .....	104
3.	Erfüllungskontrollausschuss .....	105
a)	Mitglieder und Zusammentreten .....	105
b)	Aufgaben .....	106
4.	Auslösen der fallspezifischen Erfüllungskontrolle .....	106
5.	Verlauf der fallspezifischen Erfüllungskontrolle .....	107
6.	Mögliche Reaktionen auf festgestellte Fälle von Erfüllungsmängeln .....	108
B.	Praxis .....	109
1.	Statistik .....	109
2.	Einzelfälle .....	111
a)	Belgien: Kritik wegen unzureichenden Gerichtszugangs .....	111
b)	Turkmenistan: Ausschlaggebender Verzicht auf das Betroffenenheitskriterium .....	112
3.	Leitplanken für die Arbeit des Ausschusses .....	113
a)	Ausschöpfung innerstaatlicher Rechtsmittel .....	113
b)	Keine Revisionsinstanz für erfolglose Verfahren auf nationaler Ebene .....	114
c)	Kein Rechtsschutzmittel für den Einzelnen .....	114
C.	Beurteilung des Erfüllungskontrollverfahrens .....	115
1.	Rolle der NGOs .....	115
2.	Praxistauglichkeit des Mechanismus .....	116
3.	Effizienz .....	116
4.	Qualitative Aspekte des Verfahrens .....	117
5.	Akzeptanz durch die beteiligten Staaten .....	117
6.	Erfolg .....	118
IV.	Legitimationskriterien .....	118
4. Teil:	Inspection Panel der Weltbank .....	121
I.	Gegenstand .....	121
A.	Relevanz .....	121
B.	Grundsätzliches zur Weltbank .....	122
1.	Zusammensetzung der Weltbankgruppe .....	122
2.	Organisation .....	122

C.	Zusammenarbeit der Weltbank mit NGOs.....	123
1.	Vorgaben der Gründungsdokumente und Praxis.....	123
2.	Bankinterne Regelung des Einbezugs von NGOs in Bankaktivitäten.....	124
II.	Regelung des Inspection Panels.....	126
A.	Entstehung, Zweck und Zusammensetzung.....	126
1.	Gründe für die Schaffung des Inspection Panels.....	126
2.	Zweck und Zuständigkeitsbereich des Inspection Panels.....	126
3.	Zusammensetzung und Unabhängigkeit des Inspection Panels.....	127
B.	Verfahren.....	127
1.	Voraussetzungen für eine Beschwerde.....	127
a)	Überblick.....	127
b)	Mindestanzahl, gemeinsames Interesse und Organisationsform.....	128
c)	Betroffenheit und Wohnsitz.....	130
d)	Vertreter.....	131
e)	Projektbezogenheit.....	132
f)	Verletzung von Bankbestimmungen durch Bankangestellte.....	133
g)	Noch laufende Auszahlung des Weltbankdarlehens.....	134
h)	Institutionsspezifisch ausgestaltete Eintretensvoraussetzungen.....	134
2.	Verfahrensverlauf und Folgen einer Untersuchung.....	135
C.	Revisionen der Resolution zur Schaffung des Inspection Panels.....	136
1.	Erste Revision 1996.....	136
2.	Zweite Revision 1999.....	137
a)	Ausgangslage.....	137
b)	Projektverbesserungsvorschläge im Verfahrensverlauf.....	137
c)	Weitere Ergebnisse und Wirkung der 2. Revision.....	138
III.	Prüfungsmassstab: Interne Vorschriften der Weltbank.....	139
A.	Formen und Bedeutung.....	139
B.	Bankvorschriften betreffend den Schutz der Umwelt.....	140
1.	Geltende Vorschriften über die Umweltverträglichkeitsprüfung.....	140
a)	Inhalt.....	140
b)	Bezugnahme auf internationales Umweltrecht.....	141
2.	Bezugnahme auf internationales Umweltrecht in älteren Vorschriften.....	141
C.	Entwicklung und Verbindlichkeit der Bankvorschriften.....	142
IV.	Praxis des Inspection Panels: Bisherige Beschwerdeverfahren.....	143
A.	Übersicht.....	143
1.	Eingereichte Beschwerden und durchgeführte Untersuchungen.....	143
2.	Beschwerden, zu denen das Inspection Panel keine Untersuchung empfahl.....	144
3.	Untersuchungsergebnisse und Wirkung der Beschwerden.....	145
B.	Als Beschwerdeführer zugelassene NGOs.....	146
1.	Arten von Organisationen.....	146
2.	Umstrittene Fälle.....	147
a)	Beschwerde Nr. 1: Wasserkraftwerk «Arun III» in Nepal.....	147
b)	Beschwerde Nr. 7: Yacyretá-Wasserkraftwerk in Argentinien.....	148
c)	Yacyretá-Beschwerde und Betroffenheitskriterium.....	148
C.	Rüge der Verletzung von Umweltrecht.....	149
1.	Ausdrückliche Berufung auf internationales und nationales Umweltrecht.....	149
a)	Auf die geltenden UVP-Vorschriften der Bank gestützte Beschwerden.....	149
b)	Auf ältere UVP-Vorschriften der Bank gestützte Beschwerden.....	150
c)	Auf weitere umweltbezogene Vorschriften der Bank gestützte Beschwerden.....	151

d)	Mahnung betreffend internationale Verpflichtungen eines Entleiherstaates .....	153
e)	Beschwerde kaum zur Durchsetzung internationalen Umweltrechts genutzt .....	153
2.	Erwähnung von Umweltproblemen ohne Bezugnahme auf Umweltrecht .....	154
V.	Dem Inspection Panel vergleichbare Institutionen .....	155
A.	Beschwerdeinstanzen der Weltbank und von Entwicklungsbanken .....	155
1.	IFC und MIGA: Ombudsstelle als Beschwerdeinstanz .....	155
2.	Beschwerdeinstanzen bei andern Entwicklungsbanken .....	156
B.	Bürgereingabe des Umwelt-Zusatzabkommens zur NAFTA .....	157
1.	Grundlagen .....	157
2.	Verfahren .....	159
a)	Ablauf des Verfahrens und Voraussetzungen für eine Untersuchung .....	159
b)	Bedeutung für die Durchsetzung internationalen Umweltrechts .....	162
c)	Beispiele .....	162
VI.	Beurteilung und Legitimationskriterien .....	163
A.	Beurteilung .....	163
1.	Nutzung und Wirkung .....	163
2.	Bedeutung des Bezugs zu einer Wirtschaftsinstitution .....	164
3.	Position zwischen Industrie- und Entwicklungsländern .....	165
4.	Praxistauglichkeit .....	166
B.	Legitimierende Faktoren .....	168
1.	Legitimation privater Akteure durch ihre Betroffenheit .....	168
2.	Weitere legitimierende Aspekte .....	169
5. Teil:	Amici curiae in wirtschaftsrechtlichen Verfahren .....	171
I.	Gegenstand .....	171
A.	Verfahren zur Durchsetzung von Wirtschaftsrecht .....	171
1.	Unterschiede gegenüber den Durchsetzungsmechanismen des Umweltrechts .....	171
2.	Freihandels- und Investitionsschutzverfahren .....	171
B.	Amici curiae .....	172
1.	Begriff .....	172
2.	Amicus curiae-Eingaben als Durchsetzungsinstrument? .....	173
II.	WTO: Grundsätzliches und sonstige Zusammenarbeit mit NGOs .....	173
A.	Grundlagen .....	173
1.	Entstehung und Prinzipien der WTO .....	173
2.	Organe .....	174
a)	Ministerkonferenz .....	174
b)	Generalrat .....	175
c)	Weitere Räte und Ausschüsse .....	175
d)	Komitee für Handel und Umwelt .....	175
B.	Teilnahmemöglichkeiten für NGOs .....	176
1.	Regelung im WTO-Abkommen .....	176
2.	Richtlinien für Vereinbarungen über Beziehungen zu NGOs .....	176
3.	Beobachterstatus bei WTO-Ministerkonferenzen .....	178
a)	Von NGOs .....	178
b)	Von internationalen Umweltabkommen .....	179

III. Verfahren zur Durchsetzung des WTO-Rechts.....	180
A. Streitbeilegungsmechanismus der WTO.....	180
1. Streitbeilegungs-Sondergruppe (Dispute Settlement Panel).....	180
2. Einspruchsgremium (Appellate Body).....	181
3. Genehmigung durch das Streitbeilegungsorgan.....	182
4. Empfehlungen, Überwachung der Durchsetzung und Sanktionen.....	182
B. Praxis betreffend NGOs als Amici curiae.....	183
1. Rahmenbedingungen.....	183
2. Krabben-Schildkröten-Fall.....	184
3. Stahl-Fall und Asbest-Fall.....	185
a) Verfahrensverlauf bezüglich Amicus curiae-Eingaben.....	185
b) Im Asbest-Fall vorgesehene Regeln.....	186
4. «Runderneuerte Reifen-» und «Biotechnologie-Fall».....	187
5. Argumente pro und contra Amicus curiae-Eingaben.....	188
a) Kompetenzen des Panels bezüglich Informationseinholung und Verfahren.....	188
b) Kompetenz des Appellate Body bezüglich der Regelung des Verfahrens.....	189
c) WTO-Mitgliedstaaten als «interessierte Dritte».....	191
d) Fairness, Raschheit und Vertraulichkeit des Verfahrens.....	192
e) Ergänzende Sachkenntnisse und erhöhte Legitimität.....	194
6. Ergebnis der Argumentation.....	194
7. Kürzliche Praxis und mögliche zukünftige Entwicklungen.....	195
a) Deutung des Verzichts auf ein Vorverfahren in zwei jüngeren Fällen.....	195
b) Vorverfahren und Begründungen in zukünftigen Streitfällen.....	196
IV. Streitschlichtungsverfahren nach UNCITRAL-Regeln.....	197
A. Grundlagen.....	197
1. Die Handelsrechtskommission (UNCITRAL).....	197
2. Schutz privater Investoren durch das NAFTA.....	197
a) Streitschlichtungsverfahren des NAFTA.....	197
b) Das Verfahren nach Kapitel 11 NAFTA.....	198
B. Verfahren gemäss NAFTA-Kapitel 11 und UNCITRAL-Regeln.....	199
C. Stellungnahme der NAFTA-Freihandelskommission.....	200
1. Grundsätzliche Feststellung.....	200
2. Anzuwendende Kriterien.....	200
V. Streitschlichtungsverfahren vor ICSID-Schiedsgerichten.....	202
A. Grundlagen.....	202
B. Praxis zum Umgang mit Amici curiae.....	203
1. Fälle.....	203
a) «Agua del Tunari»-Fall.....	203
b) «Suez/Vivendi»- und «Suez/Interagua»-Fall.....	203
2. Angewandte Kriterien.....	204
C. Änderung der einschlägigen ICSID-Normen.....	205
1. Verlauf des Änderungsverfahrens.....	205
2. Neue Bestimmung und angewandte Kriterien.....	206
3. Praxis aufgrund der neuen Bestimmung.....	207
VI. Beurteilung und Legitimationskriterien.....	207
A. Beurteilung.....	207
1. Wirkung, Praktikabilität und Entwicklung.....	207
2. Unterschiedliche beteiligte Akteure.....	208
3. Bedeutung des Bezugs zu einer Wirtschaftsinstitution.....	209

B.	Legitimierende Faktoren .....	209
1.	Eher Förderung von Partizipation als von Transparenz .....	209
2.	Sachkunde und Einbringen zusätzlicher Gesichtspunkte .....	211
3.	Unabhängigkeit.....	211
4.	Signifikantes Interesse: Betroffenheit oder öffentliches Interesse .....	212
5.	Präsenz im Territorium eines beteiligten Staates als Form der Betroffenheit .....	212
6.	Eher Eingabe- und Einzelfall- als NGO-bezogene Zulassungskriterien .....	213
6.	Teil: Legitimation als Rechtfertigung von Verfahrenszugang .....	215
I.	Grundsätzliches .....	215
A.	Definition des Begriffes «Legitimation».....	215
B.	Gegenstand .....	216
1.	Wissenschaftliche Diskussion und gewähltes Vorgehen.....	216
2.	Nichtstaatliche Akteure auf internationaler Ebene .....	219
3.	Legitimation durch Akzeptanz als rechtens und durch Verfahren .....	219
4.	Arten von Legitimationsfaktoren.....	220
C.	NGOs als Völkerrechtssubjekte? .....	221
1.	Verhältnis von Völkerrechtssubjektsstatus zu spezifischen Rechten .....	221
2.	Andere neue Akteure: Internationale (zwischenstaatliche) Organisationen .....	222
3.	Mögliche partielle Völkerrechtssubjektivität .....	223
4.	Ergebnisse.....	225
II.	Legitimation in allgemeinerem Sinn .....	226
A.	Entwicklung des Einbezugs von NGOs auf internationaler Ebene.....	226
1.	Faktische Entwicklung: Aktivität der NGOs im 20. und 21. Jahrhundert.....	226
a)	Bis zum Zweiten Weltkrieg.....	226
b)	Seit 1945.....	228
2.	Rahmenbedingungen für die jüngste Bedeutungszunahme der NGOs .....	230
a)	Globalisierung .....	230
b)	Informationstechnologie.....	230
3.	Soft Law-Dokumente des internationalen Umweltschutzes.....	232
a)	Stockholm-Deklaration .....	232
b)	Brundtland-Bericht.....	232
c)	Rio-Deklaration .....	234
d)	Agenda 21: Präambel und Kapitel 27 .....	235
e)	Agenda 21: Kapitel 38 und die Kommission für Nachhaltige Entwicklung .....	237
f)	Ergebnis bezüglich der grundlegenden Soft-Law-Dokumente .....	238
4.	Verbindliches internationales Umweltrecht .....	239
a)	Entwicklung der Bestimmungen zum Beobachterstatus .....	239
b)	Sonstige Erwähnungen von NGOs.....	241
5.	Bedeutung der dargestellten Entwicklungen .....	242
B.	Generelle Legitimation des internationalen Einbezugs von NGOs .....	242
1.	Legitimation durch das Ziel verbesserter Partizipation .....	242
a)	NGOs als Partizipationskanäle.....	242
b)	Kritik bezüglich mangelnder Verantwortlichkeit.....	243
c)	Repräsentativität.....	244
d)	Repräsentativität und Verantwortlichkeit als sachfremde Konzepte .....	245
2.	Legitimation durch Eigenschaften und Fähigkeiten von NGOs.....	246
a)	Definitionsgemässe Eigenschaften: Unabhängigkeit, Anlage auf Dauer... ..	246

b)	Legalität.....	246
c)	Expertise, Informationsbeschaffung und -vermittlung, Glaubwürdigkeit.....	247
3.	Ethisch-moralische Überlegenheit von NGOs?.....	248
C.	Legitimation einer Sonderrolle beim Durchsetzen von Umweltrecht.....	249
1.	Besonderheit des Umweltrechts als Sachgebiet: weitere Aspekte .....	249
a)	Bereits behandelte Aspekte .....	249
b)	Die Umwelt als unteilbarer Gemeinschaftsbesitz .....	249
c)	Umweltanwalt oder -treuhänder? .....	251
2.	Alternativen zu einem eng gefassten Betroffenheitserfordernis.....	252
a)	Weite Auslegung des Betroffenheitskriteriums .....	252
b)	Vertretung eines öffentlichen Interesses .....	253
3.	Legitimation für eine zuvor Staaten vorbehaltene Rolle .....	254
a)	Ausrichtung auf ein einziges Anliegen .....	254
b)	Weitere legitimierende Faktoren .....	255
4.	Legitimation für eine Sonderrolle im Vergleich zu Einzelpersonen .....	255
5.	Legitimation von Umweltschutz-NGOs im Unterschied zu andern NGOs.....	256
6.	Bedeutung der dargestellten Faktoren für die Akzeptanz als rechthens.....	256
III.	Legitimation durch Zulassungsverfahren.....	257
A.	Grundsätzliches .....	257
1.	Untersuchte Verfahren und Vorgehen.....	257
2.	Zu legitimierende Stellung der Beschwerde Führenden.....	258
B.	Einzelfallbezogene Verfahren, nicht Staterwerb .....	258
1.	Auslösberechtigung aufgrund eines speziellen Status .....	258
2.	Einzelfallbezogene Auslösberechtigung.....	260
C.	Kriterien .....	261
1.	Rechtsform NGO wird nicht als Kriterium verwendet.....	261
2.	Anwendung verbreiteter Eintretensvoraussetzungen .....	261
3.	Signifikantes Interesse: Betroffenheit und Alternativen .....	262
4.	Unabhängigkeit, Sachkunde, Beibringen von Informationen .....	263
7. Teil: Synthese.....		265
I.	Ergebnisse bezüglich Hauptthese.....	265
A.	Fragestellung .....	265
B.	Möglichkeit der Auslöserrolle für NGOs.....	265
1.	Auslösberechtigung für NGOs beziehungsweise für Private .....	265
2.	Rüge der Verletzung von Umweltrecht.....	266
3.	Praxistauglichkeit der existierenden Verfahren.....	267
4.	Internationales Verbandsbeschwerderecht für Umweltschutz-organisationen?.....	267
C.	Legitimation der Auslöserrolle für NGOs.....	268
1.	Generelle Legitimation eines vermehrten Einbezugs von NGOs.....	268
2.	Legitimation einer Sonderrolle bei der Durchsetzung.....	269
II.	Rahmenbedingungen und Perspektiven .....	270
A.	Bedeutung gewisser Rahmenbedingungen.....	270
1.	Zersplitterung des internationalen Rechts und Umweltrechts .....	270
2.	Spannungsfeld Industrie- und Entwicklungsländer.....	271
3.	Wirtschaftsinstitutionen und Umweltrecht.....	272
B.	Perspektiven .....	273

---

Anhänge .....	275
Anhang 1: Liste der zitierten internationalen Abkommen .....	275
Anhang 2: Teilnahmemöglichkeiten für NGOs beim ECOSOC (Tabelle).....	283
Anhang 3: Inspection Panel (IP) der Weltbank: Schema Verfahrensablauf.....	287